

Wirtschaftsquiz auf schulbank.de!

Was ist ein freies Gut? Wer sind die geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft? Und welche Funktion hat ein Bausparvertrag? Wer wissen möchte, ob er auf diese und auf viele weitere Fragen die Antwort

kennt, ist beim Schul|Bank-Wirtschaftsquiz gut aufgehoben. Lehrer und Schüler können zu unterschiedlichen Themenkomplexen ihr Wissen prüfen und erweitern. Bislang gibt es Fragen zu den The-

men „Mein Geld und meine Finanzen“ sowie „Grundlagen der Wirtschaft“. Sukzessive werden wir diese Themenauswahl erweitern. Das Quiz finden Sie unter www.schulbank.de ■

Bundesländer auf Konsolidierungskurs

Was noch vor einigen Jahren in weiter Ferne schien, wird in diesem Jahr beinahe zur Regel: Die Mehrzahl der Bundesländer wird 2008 aller Voraussicht nach einen ausgeglichenen Landeshaushalt ausweisen und zum Teil gar Überschüsse erzielen. Diese Erfolge sind das Ergebnis eigener Sparanstrengungen sowie der erfreulichen konjunkturellen Entwicklung, die in den letzten beiden Jahren mit kräftig steigenden Steuereinnahmen einhergegangen ist. Auffallend ist besonders, dass alle östlichen Bundesländer inzwischen

über einen ausgeglichenen Etat verfügen. Mit hierzu beigetragen haben auch die Hilfen aus dem Solidarpakt II. Da diese ab dem Jahr 2009 sinken und 2010 ganz auslaufen werden, liegt es im besonderen Interesse der betroffenen Länder, sich durch Konsolidierungsanstrengungen rechtzeitig auf die sinkenden Einnahmen vorzubereiten. Bemerkenswert ist vor allem der Fall der Bundeshauptstadt. Hat Berlin angesichts seiner Haushaltsnotlage noch vor kurzem erfolglos versucht, beim Bundesverfassungsgericht

Sanierungshilfen vom Bund durchzusetzen, so erzielte man schon im vergangenen Jahr – auch mit Hilfe des Länderfinanzausgleichs – einen kleinen Haushaltsüberschuss und plant nun, die Altschulden bis zum Jahr 2011 um 1,8 Milliarden Euro zu reduzieren.

Von den westlichen Bundesländern verfügen Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg bereits jetzt über ausgeglichene Haushalte oder weisen Überschüsse aus; Niedersachsen und Hessen werden mit einiger Wahrscheinlichkeit bis 2010 bzw. 2011 dazustoßen. Trotz großer Konsolidierungsanstrengungen liegt ein ausgeglichener Haushalt im Falle Nordrhein-Westfalens noch nicht in Sichtweite, ähnliches gilt für Rheinland-Pfalz. Sorgenkinder bleiben Bremen, das Saarland und Schleswig-Holstein. Diese drei Länder leiden unter hohen Schuldenbergen und weisen wegen der damit verbundenen Zinslasten immer noch verfassungswidrige Haushalte aus. ■

LANDESHAUSHALT

2008 ausgeglichen od. Überschuss:

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Hamburg
Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Thüringen

Ausgleich nicht in Sicht:

Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz

2010 oder 2011 ausgeglichen:

Niedersachsen
Hessen

verfassungswidrig:

Schleswig-Holstein
Saarland
Bremen

Quelle: Haushaltspläne der Länder.

LEKTÜRE-TIPP



Ludger Wößmann: Letzte Chance für gute Schulen. Die 12 großen Irrtümer und was wir wirklich ändern müssen. ZS Verlag Zabert Sandmann, München 2007, 184 Seiten, 16,95 Euro.

Ludger Wößmann, Abteilungsleiter am renommierten ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München, hat ein Buch vorgelegt, in dem er nachdrücklich für die Behebung der Defizite und Mängel im deutschen Schulsystem plädiert. Dabei holt er nicht zum großen Rundumschlag aus, sondern analysiert gründlich und auf der Basis wissenschaftlicher Untersuchungen 12 von ihm als solche erkannte Irrtümer, die die schulpolitische Debatte schon seit längerer Zeit beherrschen. Ob es um die Chancengleichheit der Schüler, den Einsatz von Computern oder die Frage von national standardisierten Prüfungen geht, Wößmann argumentiert sachlich aber bestimmt und versteht es auf diese Weise, einige Mythen und Vorurteile aus dem Weg zu räumen. Dass nicht alle seine Thesen unumstritten sind, versteht sich von selbst. ■

Kaufkraftparitäten neu errechnet

Neue Daten des Internationalen Währungsfonds weisen aus, dass der Anteil Chinas und Indiens an der Weltwirtschaft deutlich geringer ist als bisher angenommen. Demnach beträgt er im Falle Chinas 2007 nicht 15,8 %, sondern nur 10,9 %. Der Anteil Indiens wurde von 6,4 % auf 4,6 % zurückgenommen, derjenige der amerikanischen Wirtschaft hingegen von 19,3 % auf 21,4 % hochgesetzt. Die neuen Zahlen ergeben sich aus revidierten Schätzungen für die Kaufkraftparitäten der einzelnen Länder, die ein Fachkomitee im Dezember vorgelegt hat. Würde man den Produktionsanteil der einzelnen Volkswirtschaften anhand der offiziellen, häufig nicht frei schwankenden Wechselkurse errechnen, so fiel er für China und Indien noch geringer aus. Bei der Kaufkraftparitätenmethode wird berücksichtigt, dass das Preisniveau etwa für Dienstleistungen in Schwellen- und Entwicklungsländern meist deutlich niedriger ist als in den Industriestaaten. Daher eignet sie sich besser für den internationalen Quervergleich. Die Kaufkraft der jeweiligen Währungen wird dabei abgeschätzt, indem nationale Durchschnittspreise für rund 1.000 genau spezifizierte Produkte analysiert werden. ■

Beschäftigung auf hohem Niveau

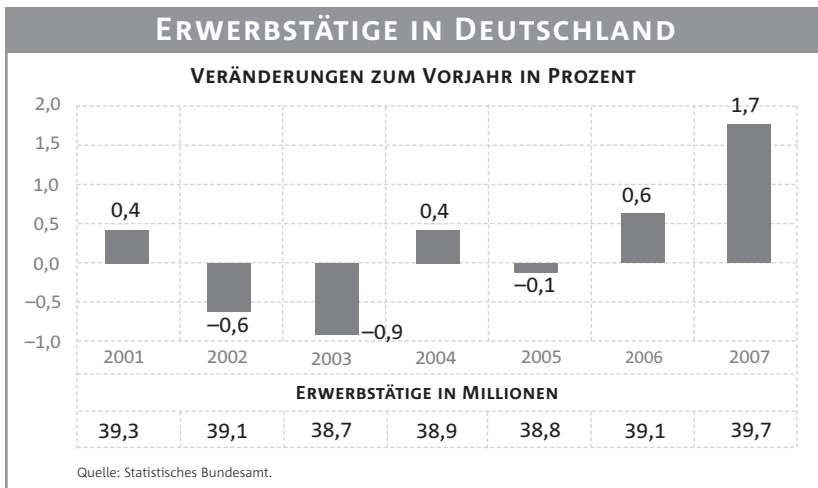
Im vergangenen Jahr sind in Deutschland so viele Menschen einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wie seit Anfang der neunziger Jahre nicht mehr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es 2007 rund 39,7 Millionen Erwerbstätige. Dies entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von knapp 650.000 Personen oder 1,7 %. Im September 2007 war erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik in einem Monat die Marke von 40 Millionen übersprungen worden.

Zu den Erwerbstätigen zählen neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch Selbstständige, Beamte, Soldaten, Zivildienstleistende und Minijobber. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist laut Bundesagentur für Arbeit während der ersten neun Monate auf 27,5 Millionen gestiegen. Außerdem waren nach Angaben der Minijob-Zentrale im dritten Quartal 2007 rund 6,6 Millionen Minijobber registriert.

Den Anstieg der Erwerbstätigenzahl im ver-

gangenen Jahr führt das Statistische Bundesamt vor allem auf die gute konjunkturelle Entwicklung und den daraus resultierenden Bedarf an Arbeitsplätzen zurück. Erstmals seit der Wiedervereinigung würde sich die positive Beschäftigungsentwicklung dabei auf alle Wirtschaftsbereiche verteilen, wobei die Entwicklung im Dienstleistungsbereich am dynamischsten verlief. Aber auch das Verarbeitende Gewerbe – und hier insbesondere der Bereich Maschinenbau sowie die Her-

stellung von Metallerezeugnissen – hatte einen großen Anteil am Beschäftigungsaufbau. Mit beigetragen zur Belebung am Arbeitsmarkt hat nicht zuletzt die Zeitarbeit. Allerdings sinkt ihr Anteil an den neu geschaffenen Stellen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) kamen zu Beginn des Aufschwungs noch drei von vier neuen Arbeitsplätzen aus dem Geschäft mit der Arbeitnehmerüberlassung. Mittlerweile sei es nur noch einer von vier. ■



Stiftungen in Deutschland

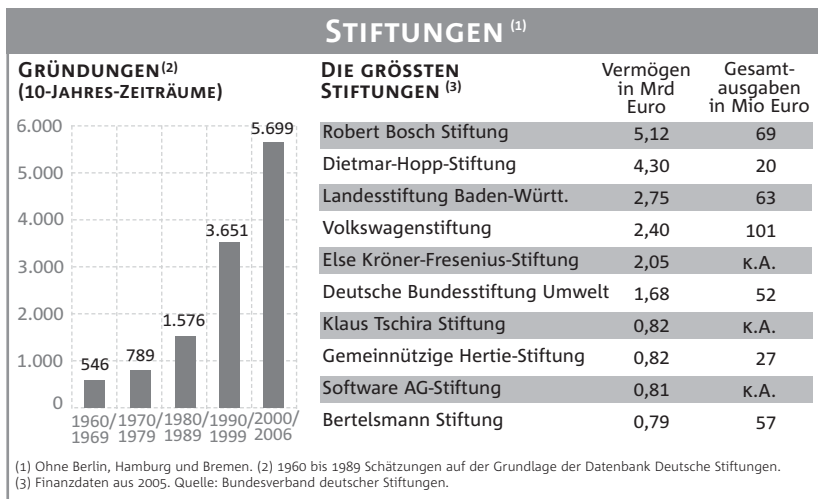
Der Bundesverband Deutscher Stiftungen rechnet mit 1.000 neuen Stiftungen, die im vergangenen Jahr gegründet worden sind. Damit belaufe sich die Zahl aller Stiftungen bürgerlichen Rechts in Deutschland auf annähernd 15.500. Mit einer jüngst beschlossenen Gesetzesänderung, die rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft trat, soll diese Entwicklung weiter vorangetrieben werden. So hat sich der steuerbegünstigte Höchstbetrag für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital von bisher

307.000 Euro auf eine Million Euro mehr als dreifach. Hierbei handelt es sich um den Betrag, den der Stifter, über zehn Jahre verteilt, von der Steuer absetzen kann.

Schon die Erhöhung der Steuerfreibeträge auf 307.000 Euro im Jahr 2000 hatte eine Welle von Neugründungen zur Folge gehabt. Allein zwischen 2000 und 2006 wurden 5.700 Stiftungen bürgerlichen Rechts gegründet – in den 40 Jahren zuvor

gab es insgesamt 6.500 Gründungen. Eine Fortschreibung dieser Entwicklung, so der Stiftungsverband, sei allerdings nicht ohne weiteres zu erwarten. Von größerer Bedeutung sei ohnehin, dass die Stiftungen mit einem höheren Kapitalstock ausgestattet werden. Bisher orientierten sich viele Stifter bei ihren Gründungen am steuerlich abzugsfähigen Betrag von 307.000 Euro – ein Betrag, der häufig zu gering sei, um den Stiftungszweck dauerhaft zu erfüllen, die Verwaltungskosten zu tragen und den Wert ihres Vermögens zu sichern.

Exakte Zahlen über das Vermögen der deutschen Stiftungen liegen derzeit nicht vor. Doch nach Schätzungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen haben die Stiftungen aktuell ein Vermögen von bis zu 80 Milliarden Euro. Sie unterstützen jährlich das Gemeinwohl in Deutschland mit rund 15 Milliarden Euro. Derzeit befindet sich nur jede zehnte Stiftung in den neuen Bundesländern und in Berlin. Angesichts der unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangslage und der niedrigeren Privat- und Unternehmensvermögen im Osten Deutschlands ist diese Diskrepanz allerdings nicht verwunderlich. ■



FINANZMÄRKTE IM BLICK



Kein guter Jahresauftakt

Der Jahresauftakt an den Börsen verlief so schlecht wie seit vielen Jahren nicht mehr. Nach dem Kurssturz an den Aktienmärkten in Europa und Asien am 21. Januar (in den USA waren die Börsen an jenem Tag geschlossen) hat die amerikanische Notenbank Fed ihren Leitzins am folgenden Tag außerplanmäßig um 0,75 Prozentpunkte auf 3,5 % gesenkt und so die Märkte etwas zu beruhigen versucht. In der schriftlichen Begründung zum Zinsbeschluss wies der geldpolitische Rat um seinen Vorsitzenden Bernanke auf die wenig verheißungsvollen Konjunkturaussichten sowie auf gestiegene Wachstumsrisiken hin. Auch die sich verschärfende Krise auf dem Immobilienmarkt und die trübere Lage auf dem Arbeitsmarkt dienten als Rechtfertigung für den nicht überraschenden, in dieser Höhe aber von vielen unerwarteten Zinsschritt. Die Spekulationen dar-

über, ob die amerikanische Wirtschaft in eine Rezession abgleiten könnte oder nur ein schwaches Wachstum über einige Quartale hinweg verzeichnen wird, werden durch diesen nicht unumstrittenen Beschluss der Fed weiter genährt. Auch die amerikanische Regierung sieht Handlungsbedarf. Das von Präsident Bush und dem Kongress geplante Konjunkturpaket in einer Höhe von ca. 150 Milliarden US-Dollar hatte die Finanzmärkte aber zunächst nicht beruhigen können. Die in den letzten Wochen veröffentlichten Quartalsergebnisse einiger amerikanischer Großbanken waren allerdings auch nicht dazu angetan, die Stimmung auf dem Börsenparkett merklich zu heben.

In Europa blickt man zwar mit einiger Sorge über den großen Teich; zugleich aber gibt es plausible Argumente dafür, dass ein wirk-

licher Konjunkturerinbruch nicht zu befürchten ist, die Krise an den Finanzmärkten mithin nicht auf die Realwirtschaft übergreifen wird. Die Unsicherheit an den Märkten dürfte aber so bald nicht überwunden sein, zumal auch viele Marktauguren von weiterhin schwankenden Kursen an den Börsen ausgehen. Für die Europäische Zentralbank (EZB) stellt sich wie schon in den vergangenen Wochen die Frage, inwieweit sich das abzeichnende schwächere Wirtschaftswachstum im Euro-Raum auf ihre zinspolitischen Entscheidungen auswirken wird. Noch zu Beginn des Jahres verlautete aus Frankfurt, dass man angesichts der gegenwärtigen Preisentwicklung eher an Zinserhöhungen denke. Die meisten Experten aber gehen davon aus, dass es vorerst zu keinen Zinsänderungen kommt – weder in die eine, noch in die andere Richtung. ■



IM FOKUS

Die amerikanische Volkswirtschaft – Stärken und Schwächen

Nach Jahren des robusten Wirtschaftswachstums scheinen die USA gegenwärtig in ein konjunkturell trüberes Fahrwasser geraten zu sein. Ob dies nur eine Augenblicksaufnahme ist oder aber sich eine längere Durststrecke ankündigt, ist zurzeit noch nicht absehbar. Ungeachtet dessen bleibt die ökonomische Vormachtstellung der Vereinigten Staaten, trotz der Wachstumszentren in Asien und der soliden wirtschaftlichen Entwicklung in Europa, bis auf weiteres unangefochten.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von über 13 Billionen US-Dollar sind die USA die mit Abstand größte Volkswirtschaft der Welt. Der Wohlstand des Landes hat viele Ursachen, beruht aber nicht zuletzt auf ein durch unternehmerische Initiative und freien Handel geprägtes Wirtschafts- und Finanzsystem. Aber auch die Größe des Binnenmarktes und der Rohstoffreichtum des Landes haben zu seiner Prosperität beigetragen.

Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebten die USA eine lang anhaltende Phase des kräftigen Wirtschaftswachstums und festigten damit ihre Position als mit Abstand größte Volkswirtschaft der Welt. Überwunden war damit die traumatische Zeit der Weltwirtschaftskrise, von der die Vereinigten Staaten in den dreißiger Jahren in besonderer Weise heimgesucht wurden. Der Boom dauerte – mit kurzen Unterbrechungen – bis in die siebziger Jahre fort, ehe dann die Ölpreiskrise, die Belastungen aus dem Vietnam-Krieg und das damit verbundene Budget-Defizit für einen länger währenden Einbruch sorgten.

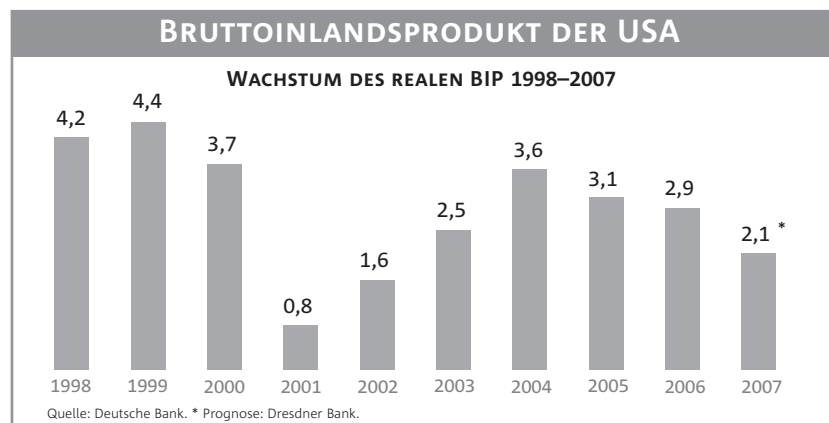
Die ökonomische Krise hatte einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel zur Folge. Dominierte bis in die siebziger Jahre hinein ein eher keynesianischer, auf die Stimulierung der Nachfrage zielender Kurs – wengleich nicht so stark ausgeprägt wie in Europa –, so setzte Präsident Reagan eine angebotsorientierte Politik durch, die auf niedrigeren Steuern und Abgaben, einer Stärkung des Wettbewerbs und dem Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftsgeschehen beruhte. Im Widerspruch dazu wurden allerdings zugleich die Ausgaben im Rüstungsbereich deutlich in die Höhe geschraubt, sodass das Defizit im Bundesetat kräftig anstieg. Unterm Strich war diese Politik erfolgreich: Die US-Wirtschaft erzielte wieder höhere Wachstumsraten und stärkte damit die USA auch im weltpolitischen Kräftenessen mit der Sowjetunion. Anfang der neunziger Jahre kam es allerdings zu einer weiteren Rezession, die entscheidend zur Abwahl des Reagan-Nachfolgers George H. Bush beitrug.

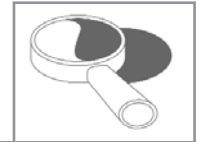
Unter Präsident Clinton erlebten die USA eine bemerkenswerte Phase dauerhaften, weitgehend inflationsfreien Wachstums mit annähernder Vollbeschäftigung und zuletzt auch ausgeglichenem Staatshaushalt. Verantwortlich hierfür werden neben der konsequenten Haushaltssanierung

auch die investitionsfördernde Zinspolitik der Notenbank gemacht, der marktfreundliche Kurs des US-Kongresses sowie die boomende New Economy. Das Platzen der Internet-Blase 2000/2001 war dann auch gleichbedeutend mit einem konjunkturellen Einbruch, der aber nur von kurzer Dauer war und bald wieder von der Dynamik der amerikanischen Volkswirtschaft wettgemacht werden konnte. Die Wachstumsraten der Clinton-Ära wurden aber nicht wieder erreicht. Problematisch blieben auch das seit den neunziger Jahren hohe Leistungsbilanzdefizit und – damit verbunden – die niedrige Sparquote der US-Bürger.

Strukturmerkmale der US-Wirtschaft

Dynamik und Anpassungsfähigkeit zählen zu den Charakteristika der amerikanischen Wirtschaft, durch die sie sich von einer Mehrzahl der europäischen Volkswirtschaften unterscheidet. Diese Dynamik hat ihre tieferen Wurzeln in dem bei einer großen Mehrheit der Bevölkerung fest verankerten Glauben an die Funktionstüchtigkeit des Marktes und in dem ebenfalls stark ausgeprägten Freiheits- und Unabhängigkeitsdrang des Einzelnen. Ihren Niederschlag findet diese Mentalität in einer niedrigen Staatsquote, einem im Vergleich zu Europa stärker auf Eigenverantwortlichkeit ausgerichteten sozialen





IM FOKUS

Sicherungssystem und einem Arbeitsrecht, das die schnelle Kündigung, aber ebenso schnelle Wiedereinstellung, von Arbeitern und Angestellten erleichtert. Dadurch ist die amerikanische Wirtschaft imstande, schon bei einem recht niedrigen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes Arbeitsplätze zu schaffen. Insgesamt zeichnet sich die US-amerikanische Wirtschaft durch eine hohe Flexibilität und Innovationsfähigkeit aus und hat es daher vor allem in der jüngeren Vergangenheit meist verstanden, kurze Phasen der Stagnation durch die kraftvolle Entfesselung seiner Wachstumskräfte rasch zu überwinden.

Die geringe staatliche soziale Absicherung als Kehrseite der amerikanischen Wirtschaftsdynamik drückt sich unter anderem darin aus, dass knapp 50 Millionen US-Bürger über keine Krankenversicherung verfügen – ein Defizit, das auch im gegenwärtigen US-Präsidentschaftswahlkampf eine Rolle spielt. Insgesamt pendeln die Sozialleistungen in den USA um einen Wert von lediglich 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während sie in Deutschland bei rund 30 Prozent liegen.

Wirtschaft in der Krise?

Steht die US-Wirtschaft gegenwärtig vor einer tieferen Krise, die ihre Ursprünge im Immobilienmarkt hat und inzwischen an

den Finanzmärkten angelangt ist? Um diese Frage beantworten zu können, ist ein Blick zurück auf die vergangenen Jahre notwendig. Ausgehend von einem historisch niedrigen Zinsniveau hat der US-amerikanische Immobilienmarkt seit 2001 bis in die jüngste Vergangenheit einen außerordentlichen Boom mit enormen Steigerungen der Immobilienwerte erlebt. Dies trug wesentlich zum Konjunkturaufschwung der letzten Jahre bei. Zum einen direkt verursacht durch das hohe Volumen der Wohnungsbautätigkeit, zum anderen indirekt durch einen kräftig ausgeweiteten Konsum, der in den USA traditionell sehr stark vom Vermögen der Haushalte und damit auch von ihrem Immobilienvermögen abhängig ist. Mit der Ausweitung des Immobilienangebots begann der starke Preisanstieg nach einiger Zeit allerdings abzuebben. Hinzu kam, dass die Fed ab 2004 die Zinsen allmählich wieder erhöhte, sodass Wohnungsbauinvestitionen zunehmend unattraktiver wurden.

Warum aber kam es nun zu der Krise auf den Finanzmärkten? Ausschlaggebend war die großzügige Vergabe von Wohnungsbaukrediten durch die amerikanischen Banken. Dabei wurden weiter steigende Immobilienpreise unterstellt und Hypothekendarlehen auch Kunden mit sehr geringer Bonität gewährt (hierbei handelt es sich um die sog. Subprime

Mortgages, also zweitklassige Hypothekendarlehen). Die Kredite und damit das Ausfallrisiko aber wurden von den Banken gebündelt und als Sicherheiten für Anleihen genutzt (ABS – Asset Backed Securities), welche sie an Anleger und Investoren verkauften. Durch die höheren Zinsen und die stagnierenden, zum Teil sinkenden Immobilienpreise kam es aber zu in dieser Höhe nicht erwarteten Kreditausfällen auf Seiten der Hypothekendarlehensnehmer, in deren Folge auch die Zweifel an der Werthaftigkeit der mit diesen Krediten besicherten Anleihen stiegen. Die Gesellschaften, die solche Papiere hielten und sich kurzfristig refinanzierten, bekamen dadurch immer größere Probleme, sich Geld am Geldmarkt zu besorgen. Ein Teil der Investoren waren Tochterunternehmen von Banken, die sich über kurzfristige Wertpapiere refinanzierten. Die Banken mussten einspringen und zudem Kreditausfälle der bei ihnen verbliebenen Darlehen sowie Wertverluste aus eigenen ABS-Beständen verbuchen. Dadurch gerieten auch einige Kreditinstitute in Schwierigkeiten und mussten zum Teil hohe Wertberichtigungen vornehmen.

Befürchtungen, die Kreditvergabe der Banken könnte gedrosselt werden und damit die Investitionstätigkeit der Unternehmen verringern, mischen sich gegenwärtig mit der Sorge vor einem Rückgang des Konsums und der Furcht, die US-Wirtschaft könnte ob dieser und anderer Probleme in eine Rezession abgleiten. Ob es dazu kommt und, wenn ja, wie hartnäckig eine Rezession ausfallen könnte, ist derzeit ungewiss. Ungeachtet der gegenwärtigen Schwierigkeiten wird aber mit Recht auf die Vitalität der amerikanischen Volkswirtschaft und ihr zukünftiges Wachstumspotenzial hingewiesen. ■

FRAGEN UND DISKUSSIONSSTOFF

- Die USA weisen seit den neunziger Jahren ein hohes Leistungsbilanzdefizit auf. Erklären Sie, wie ein solches Defizit zustande kommen und zu welchen Konsequenzen es führen kann. Was bedeutet es, wenn Kritiker sagen, die USA lebten über ihre Verhältnisse? Denken Sie dabei auch an die traditionell niedrige Sparquote in den USA.
- Diskutieren Sie die Vorzüge und Nachteile des amerikanischen Wirtschaftssystems. Stellen Sie sich die Welt in zwanzig Jahren vor. Was spricht dafür oder dagegen, dass die USA ihre führende Rolle in der Weltwirtschaft bewahren?

Krankenstand in Deutschland

Seit dem Beginn der neunziger Jahre nimmt der Krankenstand der deutschen Arbeitnehmer kontinuierlich ab – zumindest bis zum Jahr 2006. Die Zahlen der Betriebskrankenkassen (BKKs) weisen für das vorvergangene Jahr 12,4 Tage aus, die ihre erwerbstätigen Pflichtmitglieder durchschnittlich krank

gemeldet waren – Wochenenden und Feiertage mitgezählt. Das waren pro Kopf sechs Krankheitstage weniger als zehn Jahre zuvor. Für diese Entwicklung werden verschiedene Erklärungen angeführt. So wird auf den Wandel der Wirtschaftswelt hingewiesen, der dazu führe, dass die körperlich stärker be-

anspruchenden Industriearbeitsplätze zugunsten gesünderer Dienstleistungs-jobs verschwinden. Hinzu kommt, dass das Gesundheitsbewusstsein der Bundesbürger generell gestiegen ist. Auch schlug positiv in der Statistik zu Buche, dass weniger Arbeitsunfälle zu verzeichnen waren. ■

KRANKENSTAND							
KRANKHEITSTAGE IM JAHR 2006 JE 100 PFLICHTVERSICHERTER BKK-MITGLIEDER IM ALTER VON ... JAHREN							
insgesamt		darunter aufgrund von:					
		orthopädischen Erkrankungen	Verletzungen und Vergiftungen	Herz-Kreislauf-erkrankungen	Atemwegs-erkrankungen	psychische Störungen	Erkrankungen des Verdauungsapparats
unter 20	668	62	179	8	177	24	76
20 bis 24	816	109	185	13	180	63	80
25 bis 29	803	132	152	15	157	77	64
30 bis 34	883	177	155	18	164	90	62
35 bis 39	1.082	265	183	29	177	115	70
40 bis 44	1.305	366	204	48	182	142	82
45 bis 49	1.586	484	220	83	191	161	96
50 bis 54	2.002	644	252	134	217	200	114
55 bis 59	2.404	825	266	202	241	231	123
60 bis 64	2.460	864	267	252	222	190	117

eingeschließlich chronischer Krankheiten und Rehabilitationsmaßnahmen; pflichtversicherte BKK-Mitglieder: ohne Rentner und Arbeitslose;
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Ursprungsdaten: BKK-Bundesvorstand.

Ältere Arbeitnehmer

Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zufolge ist der Anteil der über 50-Jährigen an allen Erwerbstätigen zwischen 1998 und 2006 von 22,6 % auf 25,7 % oder um 1,5 Millionen gestiegen. Die Zahl der unter 50-jährigen Beschäftigten blieb

hingegen über den Untersuchungszeitraum hinweg mit gut 27 Millionen nahezu stabil. Der höhere prozentuale Anteil älterer Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen wird vor allem auf ihre im Vergleich zu früher bessere Qualifikation zurückgeführt.

Zugleich, so der Hinweis der Bundesagentur für Arbeit, wären die Betriebe gezwungen, angesichts des demographischen Wandels zunehmend auf das Potenzial älterer Fachkräfte zurückzugreifen, da es an Nachwuchskräften in einigen Bereichen fehle. ■

Impressum

Herausgeber
 Bundesverband deutscher Banken, Berlin

Verantwortlich
 Inge Niebergall

Redaktion
 Dr. Henrik Meyer
 Annette Matthies (Assistenz)

Anschrift
 Schul|Bank
 Postfach 04 03 07 · 10062 Berlin
 Telefon (030) 1663-15 21 · Fax (030) 1663-15 19

Internet
 www.schulbank.de
 schulbank@bdb.de

ERWERBSTÄTIGE		
50 JAHRE UND ÄLTER (IN PROZENT)		
1998	22,6	
2000	22,8	
2002	23,9	
2004	25,2	
2006	25,7	

Quelle: DIW; Ursprungsdaten: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.